

Protokollauszug

Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 24.11.2004

Zu Ö 6 Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten für Kultur und Bildung geändert beschlossen FB 11/0010/WP15

Frau Bürgermeisterin Verheyen stimmt für die CDU-Fraktion dieser Ausschreibung so nicht zu und beantragt, den Tagungsordnungspunkt zurückzustellen, damit die Aufgabenverteilung für diese Beigeordnetenstelle nochmals überdacht werden kann. Kultur, Jugend und Schule sollten nicht miteinander vermischt werden und die Verwaltung soll beauftragt werden eine Stellenbeschreibung für einen Kulturmanager zu fertigen. Weiterhin ist laut Frau Bürgermeisterin Verheyen das Dezernat für Jugend und Schule noch mit Herrn Dr. Erenkämper besetzt und die Beigeordnetenstelle – Kultur – könnte somit entsprechend der Haushaltskonsolidierung eingespart werden.

Herr Höfken entgegnet, dass die SPD-Fraktion ebenfalls die Haushaltskonsolidierung im Blick habe, deswegen soll das jetzt freie Dezernat erst nach Ablauf der Sperre besetzt werden und langfristig wolle man ein bis zwei Dezernate einsparen. Herr Höfken bestätigt, dass der Bereich Jugend und Schule bei Herrn Dr. Erenkämper gut angesiedelt ist. Er gibt jedoch zu bedenken, dass dessen Wahlzeit am 31.01.2006 abläuft und es bisher noch fraglich ist, ob er sich zur Wiederwahl zur Verfügung stellt. Bis zum 31.01.2006 soll es keine Veränderung im Dezernat VI geben! Auch entgegnet er, dass die Bereiche Kultur, Jugend und Schule gut zusammenpassen. Herr Höfken stimmt der Verwaltungsvorlage für seine Fraktion zu und weist darauf hin, dass organisatorische Überlegungen zur Aufgabenverteilung im Kulturbereich immer noch getroffen werden können, wenn die Bewerbungen bereits vorliegen, es sollte aber keine Zwischeninstanz im Kulturbereich geschaffen werden, da die Einsparung bei den Personalkosten dann gering sind.

Für Herrn Schabram ist die Funktion eines Kulturmanagers nicht nachvollziehbar und außerdem hat es in der Vergangenheit bereits schon einmal ein Dezernat für Kultur und Bildung unter Herrn Malms gegeben. Weiterhin beantragt Herr Schabram für die Grüne-Fraktion die Ausschreibungsfrist auf den 15.03.2005 zu verlängern, da hier im Gegensatz zum Kämmerer keine Eile geboten ist.

Herr Mattes erklärt, dass die Erfahrungen mit Herrn Malms noch gut in Erinnerung sind, jedoch haben sich die Zeiten geändert, so dass eine jetzige Vermischung dieser wichtigen Aufgabenbereichen nicht mehr gerechtfertigt ist.

Herr Haase weist darauf hin, dass durch die neue Form der Personalauswahl die Überlegungen der CDU-Fraktion noch mit einfließen können.

Die Herren Höfken und Schabram beantragen für die Fraktionen SPD und Grüne durch Vorlage eines Schreibens den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen, da zur Auswahl der Kandidatin / des Kandidaten ein neues modernes und neutrales Auswahlverfahren angewendet werden soll:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt zur Personalsuche und -auswahl (einschließlich Direktansprache, sog. Headhunting) eine Personalberatungsfirma zu beauftragen und eine Personalfindungskommission, die aus 7 Ratsmitgliedern (4 SPD und Grüne, 3 CDU und FDP) und dem Oberbürgermeister besteht zu gründen.

Hierzu beauftragt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Verwaltung drei Angebote von folgenden Firmen einzuholen: Zentrum für Management- und Personalberatung (ZfM), PriceWaterhouseCoopers, Kienbaum und die Angebote dem Rat zu seiner Sitzung am 08.12.2004 vorzulegen, um dort eine Verga-

beentscheidung treffen zu können.

Die Findungskommission soll eng mit der Personalberatungsfirma zusammenarbeiten und die Personalauswahl für den Rat der Stadt vorbereiten.

Weiterhin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt den Ausschreibungstext wie folgt zu ändern:

- Die aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen sollen direkt an die Personalberatungsfirma gesandt werden.
- Der letzte Satz des Ausschreibungstextes soll gestrichen werden.

Darüber hinaus empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt, dass bei den Veröffentlichungsmedien noch spezielle Behördenzeitungen mit aufgenommen sollen werden.

Herr Beigeordneter Lindgens beantragt für die Verwaltung, dass auch hier der vorgeschlagenen Personalfindungskommission auch ein/e Vertreter/in aus dem FB 11 mit beratender Stimme angehören soll, um das vorhandene Wissen nutzen zu können.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt, vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses zur Eingruppierung der Beigeordneten bei ihrer Wiederwahl der Ausschreibung der Stelle der/des Beigeordneten für Kultur und Bildung zuzustimmen.

Ergänzend zur Verwaltungsvorlage empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt zur Personalsuche und -auswahl (einschließlich Direktansprache, sog. Headhunting) eine Personalberatungsfirma zu beauftragen und eine Personalfindungskommission, die aus 7 Ratsmitgliedern (4 SPD und Grüne, 3 CDU und FDP), dem Oberbürgermeister und ein/e Vertreter/in aus dem Fachbereich Personal und Organisation (nur mit beratender Stimme) besteht zu gründen.

Hierzu beauftragt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Verwaltung drei Angebote von folgenden Firmen einzuholen: Zentrum für Management- und Personalberatung (ZfM), PriceWaterhouseCoopers, Kienbaum und die Angebote dem Rat zu seiner Sitzung am 08.12.2004 vorzulegen, um dort eine Vergabeentscheidung treffen zu können.

Die Findungskommission soll eng mit der Personalberatungsfirma zusammenarbeiten und die Personalauswahl für den Rat der Stadt vorbereiten.

Weiterhin empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt den Ausschreibungstext wie folgt zu ändern:

- Die aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen sollen direkt an die Personalberatungsfirma gesandt werden.
- Der letzte Satz des Ausschreibungstextes soll gestrichen werden.
- Die Ausschreibungsfrist soll auf den 15.03.2005 verlängert werden.

Darüber hinaus empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt, dass bei den Veröffentlichungsmedien noch spezielle Behördenzeitungen mit aufgenommen sollen werden.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen

Anlage 1 Antrag